

Dok-HuF-2008/15

GEW-Stellungnahme zur

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an das Europäische Parlament und den Rat: „Bessere Karrieremöglichkeiten und mehr Mobilität: Eine europäische Partnerschaft für die Forscher“, KOM(2008)317 endgültig vom 23.05.2008

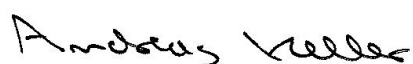
Stichwörter: Forschungspolitik, europäischer Forschungsraum, Arbeitsplatz Hochschule und Forschung, Frauen in der Wissenschaft, DoktorandInnen, Mobilität, Gehälter, Befristung, wissenschaftsadäquate tarifvertragliche Regelungen

Verteiler: BFGA HuF, BASS, ProG ArPla HuF, ProG Frau HuF, ProG Dok, Info-HuF-Verteiler, AGBR-Ausschuss Grundsatzfragen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 23. Mai 2008 hat die Europäische Kommission die Mitteilung „Bessere Karrieremöglichkeiten und mehr Mobilität: Eine europäische Partnerschaft für die Forscher“ (Dok-HuF-2008/11) vorgelegt. Mit ihr wird eine neue Aktionslinie „Governance of ERA“ begründet, die auch „Ljubljana-Prozess“ heißen soll, weil sie unter der slowenischen Ratspräsidentschaft gestartet ist. Die Europäische Kommission knüpft damit an die Aktionslinie „Visions for the ERA“ an, die im April 2007 mit dem Grünbuch „Der Europäische Forschungsraum: neue Perspektiven“ (Dok-HuF-2007/12) formuliert wurde. Da die Europäische Kommission in ihrer Kritik an den Mobilitätshindernissen und an den unzureichenden Beschäftigungsbedingungen im Wissenschaftsbereich immer deutlich wird, sind ihre Verlautbarungen wichtige Bezugsdokumente für die Tarif- und Wissenschaftspolitik der GEW. Die GEW hat am 07.11.2008 zu der neuen Kommissions-Mitteilung Stellung genommen. Inhaltlich knüpfen wir an die viel beachtete und vom GV beschlossenen GEW-Stellungnahme zum „Grünbuch Europäischer Forschungsraum“ an. Der GV hat die Stellungnahme am 03.12.2008 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mit kollegialen Grüßen



Dr. Andreas Keller
Frankfurt am Main, 05. Dezember 2008

Stellungnahme der GEW
zur Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
„Bessere Karrieremöglichkeiten und mehr Mobilität: Eine europäische Partnerschaft für die Forscher“
KOM(2008) 317 endgültig vom 23.05.2008

Zum Dokument

Am 23. Mai 2008 hat die Europäische Kommission die Mitteilung „Bessere Karrieremöglichkeiten und mehr Mobilität: Eine europäische Partnerschaft für die Forscher“¹ vorgelegt. Mit ihr wird eine neue Aktionslinie „Governance of ERA“ begründet, die auch „Ljubljana-Prozess“ heißen soll, weil sie unter der slowenischen Ratspräsidentschaft gestartet ist. Die Europäische Kommission knüpft damit an die Aktionslinie „Visions for the ERA“ an, die im April 2007 mit dem Grünbuch „Der Europäische Forschungsraum: neue Perspektiven“² formuliert wurde. Die „Partnerschaft für die Forscher“ wird von vier weiteren Initiativen im Jahr 2008 flankiert:

1. von der so genannten IP-Charta zum Management von geistigem Eigentum in öffentlichen Forschungseinrichtungen,
2. von einer Mitteilung zur Gemeinsamen Planung der Forschungsprogramme³,
3. der Einrichtung einer Europäischen Forschungsinfrastruktur (ERI) und
4. von der Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und technischen Bereich.

Die Europäische Kommission moniert, dass bei der Gestaltung des Europäischen Forschungsraums (EFR) Fortschritte nur langsam zu erkennen sind. Mit der Mitteilung hat sich die Europäische Kommission deshalb bis Anfang 2009 das ehrgeizige Ziel gesetzt, den im EFR-Grünbuch identifizierten Schlüsselbereich „angemessener Austausch kompetenter Forscher“ durch die Einrichtung einer zunächst auf drei Jahre angelegten Partnerschaft unter den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen. Bis Ende 2010 sollen Fortschritte in vier Aktionsfeldern, die ihrerseits wiederum in Einzelmaßnahmen aufgeschlüsselt sind, erzielt werden:

1. systematisch offene Einstellungsverfahren,
2. Sozialversicherung und zusätzliche Altersversorgung mobiler Forscherinnen und Forscher,
3. attraktive Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen,
4. Verbesserung der Ausbildung, Fähigkeiten und Erfahrung der Forscherinnen und Forscher.

¹ KOM(2008) 317 endgültig = http://ec.europa.eu/research/press/2008/pdf/com_2008_31_1_de.pdf = Dok-HuF-2008/11

² KOM(2007) 161 endgültig = http://ec.europa.eu/research/era/pdf/era_gp_final_de.pdf = Dok-HuF-2007/12.

³ KOM(2008) 468 endgültig = http://ec.europa.eu/research/press/2008/pdf/com_2008_468_de.pdf.

Die Europäische Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf gemeinsame Ziele, Umsetzungsaktivitäten und Überwachungssysteme zu verständigen und bis Anfang 2009 nationale Aktionspläne zu verabschieden. Dieser Bottom-up-Prozess soll den gesetzlichen Regelungsbedarf erkennbar machen, der national und auf europäischer Ebene besteht. Die Mitteilung enthält bereits anschauliche Defizitbeschreibungen und macht konkrete Vorschläge zur Beseitigung der Defizite. Sie erwartet eine zügige Konsensbildung unter den Mitgliedstaaten, denn bereits Ende 2010 soll eine Evaluation des „Ljubljana-Prozesses“ stattfinden. Die Gesamtaufsicht liegt bei dem für alle EFR-Initiativen zuständige Lenkungsgremium, beim sog. Informellen Rat Wettbewerbsfähigkeit⁴.

In Deutschland wird die Mitteilung bereits intensiv diskutiert. Am 17.09.2008 hat auf Einladung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein Expertengespräch stattgefunden, bei dem die Vertreterinnen und Vertreter der vier außeruniversitären Forschungsorganisationen (Helmholtz-Gemeinschaft – HGF, Max-Planck-Gesellschaft – MPG, Leibniz-Gemeinschaft – WGL, Fraunhofer-Gesellschaft – FhG), der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), aber auch die Forschungsförderorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und schließlich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ihre Positionen ausgetauscht haben.

Der Bundesrat hat auf seiner 848. Sitzung am 10.10.2008 eine Stellungnahme beschlossen⁵, in der die traditionell distanzierte Grundhaltung gegenüber der Europapolitik zum Ausdruck kommt. Der Bundesrat sieht in der neuen Initiative der Europäischen Kommission wiederum eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips und fürchtet mit der „Partnerschaft für die Forscher“ eine Zuständigkeitserweiterung der europäischen Gremien. Nach Auffassung des Bundesrats sind die vorgeschlagenen Maßnahmen allenfalls innerstaatlich umzusetzen. Sie werden vom Bundesrat zwar insgesamt begrüßt, im einzelnen jedoch problematisiert; das gilt auch für den engen Zeitrahmen und die Berichtspflichten. Der Bundesrat weist die pauschale Kritik der Europäischen Kommission an den bestehenden Forschungssystemen und an den Einstellungspraktiken zurück.

Bewertung

Die GEW begrüßt die aktuelle Initiative der Europäischen Kommission und ist bereit, das Partnerschafts-Projekt zwischen den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Die vier genannten Aktionsfelder berühren das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Wie schon die „Empfehlung der Europäischen Kommission zur Charta für Forscher und einen Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern“ von 2005⁶ und das EFR-Grünbuch von 2007 stellt auch die neue Mitteilung einen wichtigen Bezugspunkt für die GEW-Tarif- und Wissenschaftspolitik dar. Die GEW stimmt auch mit der Defizitanalyse der Europäischen Kommission überein und beklagt mit ihr den schleppenden Fortschritt auf nationaler Ebene. Auch in Deutschland sind die Arbeitsbedingungen und die Beschäftigungsperspektiven in der Wissenschaft nach wie vor unzureichend. Gleichwohl sollte die Europäische Kommission nach Auffassung der GEW auch den „Ljubljana-Prozesses“ deutlich entschleunigen – seriöse Debatten, sorgfältige Sachstands-

⁴ s. unter http://www.eu2007.de/de/Policy_Areas/Competitiveness/Research.html.

⁵ BR-Drucksache 401/08 (Beschluss) = [http://www.bundesrat.de/cln_090/SharedDocs/Drucksachen/2008/0401-500/401-08_28B_29.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/401-08\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_090/SharedDocs/Drucksachen/2008/0401-500/401-08_28B_29.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/401-08(B).pdf)

⁶ K(2005) 576 endgültig - in einer deutschen und englischen Textausgabe unter http://www.euburo.de/arbeitsbereiche/wissenschaftundgesellschaft/charta/Download/dat_fil_1601 verfügbar = Dok-HuF-2005/05.

analysen und nachhaltige Ergebnisse lassen sich in diesem engen Zeitrahmen sicher nicht erzielen. Die GEW erwartet, dass die Sozialpartner im weiteren Monitoring bzw. in einer Evaluation der Maßnahmen einbezogen werden; im „Index Gute Arbeit“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)⁷ wurden bereits maßgebliche Prüfkriterien gefunden.

Von den vier Maßnahmenbereichen möchte die GEW nur ausgewählte Aspekte ansprechen:

ad 1. Systematisch offene Einstellungsverfahren

Die GEW nimmt zur Kenntnis, dass bei den Einstellungsverfahren international bereits ein hohes Maß von Transparenz gegeben ist; viele Einrichtungen veröffentlichen Stellenangebote längst weltweit. Das Mobilitätsportal EURAXESS der Europäischen Kommission⁸ stellt zweifelsohne ein zeitgemäßes und zielführendes Informationsmedium dar. Es wird ergänzt durch eine Fülle von elektronischen Job-Börsen. Für die GEW stellt sich jedoch die Frage, ob die Informationsflut von der einzelnen Bewerberin oder dem einzelnen Bewerber überhaupt noch bewältigt werden kann. Die Attraktion liegt nach Überzeugung der GEW weniger in der globalen Verfügbarkeit einer Stellenanzeige, als vielmehr im Zugang in das Wissenschaftssystem. Schon mit der Qualifizierungsphase muss der Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis gewährleistet sein. Die nationalen Wissenschaftssysteme müssen untereinander kompatibel und verlässliche Karrierewege aufzeigen.

ad 2. Sozialversicherung und zusätzliche Altersversorgung mobiler ForscherInnen

Auch die GEW setzt sich dafür ein, dass mit der Portabilität der Sozialversicherungsleistungen Mobilitätshindernisse im EFR abgebaut werden und mittelfristig ein EU-weites Altersversicherungssystem eingeführt werden kann. Die GEW kritisiert, dass in der nationalen Debatte die Kompetenz der Sozialpartner kaum genutzt wird und empfiehlt die Gewerkschaften als Ansprechpartner.

In diesem Zusammenhang ist es der GEW auch ein Anliegen, die Kohärenz der Prozesses einzufordern. Im Bologna-Prozess stehen die Beschäftigungsverhältnisse der Beschäftigten nach wie vor nicht auf der Agenda; diese können allenfalls mittelbar über die Aktionslinie Mobilität thematisiert werden. Die „soziale Dimension“ des Bologna-Prozesses wird ausschließlich auf die Studierenden bezogen, obwohl auch die Beschäftigungsverhältnisse des Hochschulpersonals eine soziale Dimension aufweisen. Die GEW hält ein Zusammenwirken der Initiativen im Europäischen Hochschul- und Forschungsraum für unerlässlich.

Die Altersversorgung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist über ungeklärte Fragen der Portabilität hinaus auch insoweit häufig prekär, weil die herkömmlichen Sicherungssysteme den langen Ausbildungszeiten, dem späten Eintritt ins Berufsleben, Weiterbildungszeiten auf Basis von Stipendien und Zeiten der Erwerbslosigkeit zwischen befristeten Beschäftigungsverhältnissen nicht Rechnung trägt.

⁷ s. unter <http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/>.

⁸ s. unter http://ec.europa.eu/euraxess/index_en.cfm?CFID=4323886&CFTOKEN=94429795

ad 3. Attraktive Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen,

Positiv hervorheben und unterstreichen möchte die GEW die Kritik der Europäischen Kommission an der unzureichenden Umsetzung der 2005 von ihr verabschiedeten „Europäischen Charta für Forscher“ sowie des „Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern“. Die Europäische Kommission kritisiert sehr deutlich die schlechten Beschäftigungsbedingungen und den unselbstständigen Status vor allem von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern und in diesem Zusammenhang insbesondere die Praxis von (Kurz-)Zeitverträgen. Die GEW hat bereits in ihrer Stellungnahme zum EFR-Grünbuch die Einhaltung mindestens der „Flexicurity“-Grundsätze gefordert⁹, dazu gehört auch die soziale Absicherung von Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Aus GEW-Sicht sind die Beschäftigungsbedingungen tarifvertraglich zu regeln, und zwar durch wissenschaftsspezifische Regelungen im Rahmen der Flächentarifverträge für den öffentlichen Dienst. „Charta & Kodex“ weisen den richtigen Weg mit der einzigen Unterscheidung zwischen Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforschern auf der einen Seite und erfahrenen Forscherinnen und Forschern auf der anderen Seite.¹⁰

Die GEW unterstützt die Forderung der Europäischen Kommission nach einer systematischen Politik, die es Frauen und Männern ermöglicht, eine wissenschaftliche Karriere einzuschlagen und dennoch Berufs- und Privatleben zu vereinbaren.

ad 4. Verbesserung der Ausbildung, Fähigkeiten und Erfahrung der ForscherInnen.

Das Anliegen der Europäischen Kommission, die Arbeit von Beschäftigten im Wissenschaftssystem zu professionalisieren, wird von der GEW nachdrücklich unterstützt. Die GEW hat im Juli 2008 eine „Qualitätsoffensive für gute Lehre“ gefordert¹¹. In denselben Zusammenhang gehört auch die GEW-Forderung nach einer besseren Absicherung und Strukturierung der Promotion u. a. durch die Einrichtung von fächerübergreifenden Graduiertenzentren an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen¹².

Fazit

Trotz einiger Vorbehalte verdient die Initiative der Europäischen Kommission eine positive Würdigung und sollte von Bund, Ländern und Hochschulen konstruktiv aufgenommen werden; die distanzierte Haltung des Bundesrates ist hier sicher nicht zielführend. Für die GEW sind hohe Studienabbrecherzahlen oder die geringe Zahl von Wissenschaftlerinnen auf Führungspositionen kein Anlass zur Selbstzufriedenheit. Auch der Erste Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN)¹³ hat kürzlich die strukturellen Barrieren auf den Karrierewegen in Deutschland aufgezeigt: Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler werden zu lange in Unklarheit gelassen, ob sie sich dauerhaft auf

⁹ s. unter <http://wissenschaft.gew.de/Binaries/Binary29293/Dok-HuF-2007-12-Grünbuch.pdf>

¹⁰ s. dazu die Vorschläge der GEW zur Neugestaltung der Eingruppierungsordnung im öffentlichen Dienst unter http://www.gew.de/Binaries/Binary34662/07_10_22_GEW_Forschung_Lehre_Freigabe.pdf

¹¹ s. unter http://www.gew.de/Binaries/Binary35735/2008_07_04_Empfehlungen%20Hochschullehre-Lehre%20in%20Mittelpunkt.pdf

¹² s. das Graduiertenzentren-Konzept der Promovierenden in der GEW unter <http://wissenschaft.gew.de/Binaries/Binary27627/Dok-HuF-2007-17%20Graduiertenzentren.pdf>

¹³ s. unter <http://www.bmbf.de/de/12213.php> .

eine Laufbahn in Hochschule und Forschung einlassen können. Insbesondere in der so genannten Postdoc-Phase zwischen Promotion und Professur steigen überdurchschnittlich viele Frauen aus der Wissenschaft aus, statt aufzusteigen. Noch ist das deutsche Dienst- und Arbeitsrecht im Wissenschaftsbereich nicht Europa-tauglich – die GEW ist jedoch bereit, es in einem gemeinsamen Kraftakt von Betroffenen und politisch Verantwortlichen dorthin zu entwickeln.

Frankfurt am Main, 6. November 2008

Dr. Andreas Keller
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands
Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung